

Auf diesen Erfolg kann die deutsche Industrie stolz sein.

Auch in der chemischen Industrie wollen sich bekanntlich die ehemaligen Feinde selbständig machen und haben zu dem Zweck Einfuhrverbote, Prohibitionen und Abzügen zu Hilfe genommen, um die deutsche Einheit auszuschließen. Doch einträchtig finden sich trotzdem England, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Italien als Bezieher auf der deutschen Ausfuhrliste. England lädt Brom, Ammonium, Azotan, Bleioxyd, Weinheim, Bittersalz und viele andere Erzeugnisse der deutschen chemischen Industrie; die Vereinigten Staaten Rob- und Dampfsalze, Voltasche, Kali in verschiedenen Formen, Zinksalze und Bronzezärtchen und soz alle Staaten der Erde sind noch wie vor Abnehmer der deutschen Anilin- und Alizarinfärbereien. Es versteht sich, daß auch das andre Amerika und Ostasien auf der Liste nicht fehlen, deren weitere Ergänzung jedoch zu viel Raum im Anspruch nehmen würde.

Von den anderen Industrien, auf denen Deutschlands Ausfuhr beruht, seien noch genannt die Textilindustrie in weitestem Umfang, die für 8,4 Milliarden M. Waren im Jahre 1920 ausführte, dann die Leder- und Kürschnerwarenindustrie mit ungefähr 2,5 Milliarden M., Papier, Pappe und hieraus gesetzte Waren mit über 3 Milliarden M., Feuerwaffen, Uhren und Spielzeug mit 2,5 Milliarden M. und endlich noch die Glashüttenindustrie, Tonwarenindustrie und die Waren aus Schnitzholz mit ebenfalls je einer Milliarde Mark auf der Ausfuhrliste.

Dem Wertes nach erreichte die deutsche Ausfuhr im Jahre 1920 die Summe von 69 524 476 990 M., für das erste Friedensjahr gewiß eine sehr politische Bedeutung, auch wenn man den gesunkenen Nachwert in Rechnung stellt. Der Mensch nach 1914 dagegen die Ausfuhr noch beträchtlich hinter derjenigen von 1913 zurückblieben, was freilich nicht wundernehmen kann.

Die oberschlesischen Polen für Verständigung?

Kattowitz, 12. August. Wohlbekannte Vertreter der deutschen und polnischen Parteien haben auf Einladung der letzteren am Freitag in einer eingehenden Besprechung die Möglichkeit erörtert, auf das oberschlesische Volk einzutreten, um die tschechoslowakische Auswirkungen der letzten Zeit zu beseitigen und insbesondere eine Verbesserung des Volkes im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung zu erreichen. In den nächsten Tagen werden die beiden Parteien einen entsprechenden Aufsatz veröffentlichen.

Die Berliner Blätter und die oberschlesische Frage.

Berlin, 13. August. In den Beurteilungen des Weltkriegs des Obersten Rates, die oberschlesische Frage an den Völkerbund zu überweisen, sind sämtliche Blätter in einem Punkte einig, nämlich, daß die neue Veränderung aufswärts nicht nur die Interessen der oberschlesischen Bevölkerung schädigt, sondern auch neue Beunruhigung in die weltpolitische Lage hineintritt. Die Blätter wünschen daher dringend, daß der Völkerbundrat so schnell wie möglich sein

Gesuchten abgebe. Die Frage, welche Aussichten die neue Wendung Deutschland bietet, wird von den Blättern verschieden beantwortet. Das "Berliner Tageblatt" glaubt sagen zu dürfen, daß besonders in der Frage der Grenzziehung die Lage Deutschlands sich durch die Überweisung vor das Forum des Völkerbunds nicht verschlechtert habe. Sie habe sich auch infolge nicht verschlechtert, als durch die eingetretene Wendung ein Bruch der Entente zwischen England und Frankreich vermieden worden sei. Durch das Gewicht der Gründe gestützt, die Deutschland zur Seite ständen, könne es volles Vertrauen zum Völkerbundrat haben. Im Gegensatz zu dieser Auffassung spricht die "Germania" von einer Enttäuschung und schreibt: Weitanschlüsse als die Herauschiebung der Entscheidung ist für Deutschland die Gewissheit des Verlustes von Fleisch und Blut. Oberschlesien werde zerschält. Denn der Völkerbundrat werde den deutschen Anspruch auf das gesamte Oberschlesien, wie zu erwarten sei, nicht anerkennen. Das sei der betrübende und schwerwiegende Schluss, den das deutsche Volk aus dem gestrigen Abschluß der Pariser Verhandlungen ziehen müsse.

Gegen die Schuhneinschleppung.

Berlin, 12. August. Wie unser Berliner Leser erschöpft, werden seitens der Regierung augenblicklich notwendige Maßnahmen getroffen, um eine Einschleppung der in Augland gelangten Seuche nach Deutschland zu verhindern. Alle russischen Einwanderer werden sich einer Quarantäne zu unterziehen haben. Die Einschleppung wird ans äußerste eingeschränkt und die Grenze, wo ein Übertreten aus russischem Gebiet nach Deutschland möglich ist, scharfer bewacht werden.

Besprechungen beim Reichskanzler.

Berlin, 12. August. Beim Reichskanzler stand heute eine Aussprache über die politische Lage im Gegenwart des Reichstagspräsidenten Löb und des Adg. Müller-Kraulen statt. Der Reichskanzler legte Ausgangspunkt, Richtung und Ziel seiner Politik dar. Beiprochen wurden die oberschlesische Frage, die Steuerpolitik, die Frage der Lohn- und Gehaltsempfänger. Über den Zusammenschluß des Reichstagsausschusses für Auswärtiges wurde noch nichts Endgültiges festgestellt.

Die Getreideumlage für 1921/22.

Berlin, 12. August. Das Verständnis für die Notwendigkeit, die für das Wirtschaftsjahr 1921/22 auferlegte Getreideumlage nach besten Kräften zu erfüllen, gewinnt in der Landwirtschaft, dank dem Wirtschaftsteil eines großen Teils der Landwirte und der einmütigen Entscheidung der landwirtschaftlichen Organisationen, sich noch Erhol. Das Gesetz über die Regelung des Vertrages mit Getreide auf den Boden des Gesetzes zu stellen und auf baldige Erfüllung der Umlagepflicht hinzuwirken, immer mehr Verstärkung. Die Ablieferungen auf die Umlage weisen daher, wie wir von dem Reichsnährungsministerium hören, in vielen Gebieten bereits erfreuliche Ergebnisse auf. In anderen Gebieten kommt jedoch die Ablieferung, auch wenn berücksichtigt wird, daß dort die Ernte zum Teil später beginnt, nur langsam in Gang. Es kann daher nicht genug

betont werden, wie sehr es gerade im Interesse der Landwirte selbst liegt, ihre Umlage so schnell als möglich zu erfüllen, da sie dann über den Rest des Wirtschaftsjahres in der Verfüzung über den übrigen Teil ihrer Ernte völlig frei werden. Nach dem Gesetz über die Regelung des Vertrages mit Getreide vom 21. Juni sollen mit der Erfüllung der Umlage für den Landwirt mit Ausnahme des Versäumungsbetrags für Brotpreise alle Beschränkungen in seiner Wirtschaftsfähigkeit fort. Es sollte daher jeder Landwirt dieses Ziel der völligen Befreiung von beobachteter Einwirkung und Überwachung möglichst schnell durch Ableitung seines Umlagevertrages zu erreichen suchen und sich insbesondere auch nicht durch die augenblicklich hohen, für Weizen ungefähr hohen Preise auf dem freien Markt verstellen lassen, etwa zuviel Getreide auf dem Markt zu werben und dadurch die Möglichkeit, seine Umlage zu erfüllen, zu gefährden.

Die Forderungen der Beamten.

Berlin, 13. August. In den Verhandlungen der Spartenorganisationen des deutschen Beamtenbundes, des allgemeinen Gewerkschaftsbundes, des deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings, die am Freitag stattfand, vertraf

der

deutsche Beamtenbund als Forderung für die

notwendig gewordene Erhöhung des Einkommens der

Beamten, doch allen Beamten, auch den Diplomaten

in allen Bezahlungsgruppen und Dienststellen ein

gleicher Betrag zu den bisherigen Bezügen ge-

währt wird, der für Alt- und Neupensionäre

pensionsberechtigt sein soll. Ferner sollen alle

Staffellagen des Leistungszuschlags nach Dienst-

stufen befehl werden. Die Aussprache ergab,

dass die übrigen Organisationen sich nicht dazu

vereinigen konnten, den Vorschlägen des deutschen

Beamtenbundes bezüglich der Höhe der auf dieser

Grundlage zu erreichenden Forderungen zuzustimmen.

Die Aussperrung in der Braunschweiger Metallindustrie.

Braunschweig, 12. August. Der Konsortium in der Braunschweiger Metallindustrie ist bei-gelegt. Die Arbeiter haben den gestern bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zustandegewonnenen erweiterten Vergleichsvertrag angenommen. Die Arbeit wurde bereits morgen wieder aufgenommen werden.

Berbot der „Münchener Morgenpost“.

München, 12. August. Das Organ der unabhängigen Partei, die „Münchener Morgenpost“, ist auf unbestimmte Zeit verboten worden. Der Polizeipräsident Pöhner führt in Begründung des Verbotes aus, daß die „Münchener Morgenpost“ nur ein Erzählogan für das im Anschluß an die Ermordung des Abgeordneten Garces verbotene unabhängige Organ „Der Kampf“ sei. Das Blatt führt, so heißt es weiter, eine schamlose landesversäumerische und jede Staatsautorität verhöhnende Sprache. Die unabhängige Partei hat angeklagt des Verbois der „Münchener Morgenpost“ an den bayerischen Landtag, der gegenwärtig versammelt ist, und an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet mit der Mitteilung von dem Berbot, das im Widerspruch zu Artikel 118 der Reichsverfassung stehe.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—